

13.09.2011

## „Der Euro ist zur Plage geworden“

Peter Gauweiler hat seine eigene Sicht auf Europa – und findet damit immer mehr Anhänger. Sein Rat: Griechenland muss raus aus dem Euro-Raum



Herr Gauweiler, was haben Sie eigentlich gegen Europa?

Ich habe überhaupt nichts gegen Europa. Im Gegenteil. Ich glaube, man muss Europa vor zuviel EU beschützen.

Wieso meinen Sie das?

Der Reiz von Europa ist die Verschiedenheit. Wir sind keine europäischen USA, kein Einwanderer-Kontinent. Europa ist definiert durch versöhnte Verschiedenheit. Nach dem Krieg hat man das das „Europa der Vaterländer“ genannt. Und so soll es auch bleiben. Europa in eine große Bahnhofshalle zu verwandeln, ist nicht meine Vorstellung.

Der CSU-Politiker Peter Gauweiler will der europäischen Rettungspolitik Grenzen setzen - vor allem im Fall Griechenland.  
Bilder: Jochen Hahne

Inzwischen wird offen über eine Insolvenz Griechenlands gesprochen. Fühlen Sie sich bestätigt?

Ja. Die Debatte ist nicht neu. Wir haben zum ersten Mal im März oder April 2010 darüber diskutiert. Damals sagte auch Angela Merkel, dass man einen Ausweg hat: Griechenland könnte die Euro-Zone verlassen. Sie wurde dafür heftigst kritisiert und zurückgepfiffen – unter anderem von den in Griechenland engagierten Banken. Diese hatten zuvor leichtsinnigerweise den Kreditrahmen überspannt. Heute sind wir in der Insolvenzdebatte also wieder am Ausgangspunkt.

Griechenland kann seine Zusagen nicht einhalten.

Griechenland hat etwas mehr als 50 Milliarden Euro Staatseinnahmen im Jahr und etwas mehr als 110 Milliarden Euro Staatsausgaben pro Jahr. Jeder weiß: das kann nicht gut gehen.

Ist denn ein Ausstieg aus der Euro-Zone rechtlich überhaupt möglich?

Ja, selbstverständlich. Griechenland hat einen starken Nachbarn, nämlich die Türkei. Die Türkei war in den 90er Jahren vor dem Staatsbankrott gestanden. Sie hat mit Hilfe des IWF ein großes Umschuldungsprogramm begonnen.

Sie hat ihre Lira abgewertet, wurde billiger. Das hat einen Boom im Tourismus entfacht, genau wie in der übrigen Wirtschaft. Auch mit der Hilfe von vielen fleißigen Auslandstürken ist das Land wieder ganz nach oben gekommen. Heute ist die Türkei, was ihre Wachstumszahlen angeht, fast schon in einer asiatischen Dimension.

Also besser dem Vorbild des Nachbarn folgen?

Griechenland, das von der Bevölkerungszahl her kleiner ist als der Freistaat Bayern, hätte im Tourismus alle Chancen auf seiner Seite. Es hat das gleiche Meer, die gleichen Strände, die gleiche Sonne, fast das gleiche Essen wie die Türkei. Aber jeder, der dort Urlaub gemacht hat, weiß: Es ist zu teuer. Griechenland muss seine Währung abwerten. Das können sie aber nicht, weil sie an den Euro gebunden sind. Der ist von der Wohltat zur Plage geworden. Deshalb will sich das Land in einer Art Staaten-Hartz-IV von der Brüsseler Einheitskasse über die Runden retten. Die europäischen Länder hatten viel guten Willen, aber der reicht nicht. Auch der jetzige überradikale Sparkurs in Griechenland kann nicht gut gehen.

Aber den Griechen bleibt nichts anderes übrig.

Ich war kürzlich in Athen. Da hat mir ein Lehrer gesagt, dass er seit drei Monaten kein Gehalt hat. Und wenn ihm dann im Fernsehen der Finanzminister sagt: Dieses Gehalt wird jetzt noch mal um 20 Prozent gekürzt – das ist etwas, was nicht gut gehen kann. Das kennen wir Deutschen aus den Jahren 1931/32 unter dem Reichskanzler Heinrich Brüning. Griechenland braucht einen neuen Anfang. Griechenland muss die Dinge selbst in die Hand nehmen. Griechenland sollte so schnell wie möglich seine Drachme wieder einführen, dann können wir auch über bilaterale Hilfen verhandeln.

Haben Sie kein Mitleid mit den Griechen?

Ich habe große Sympathie für Griechenland. Ich war kürzlich auf einer Diskussion in Athen, die das Goethe-Institut veranstaltet hat. Ich war angenehm erstaunt, auf wie viel Verständnis meine kritische Position dort gestoßen ist. Die Griechen haben eine andere Leistungsbilanz. Sie wollen nicht so leben, wie die herzinfarktgefährdeten Deutschen. Das zeigt uns: Länder mit unterschiedlicher Kultur, Länder mit unterschiedlicher Leistungsbilanz, mit unterschiedlicher sozialer Situation kann man nicht – koste es, was es wolle – unter einen ökonomischen Hut zwingen.

Wie ist das Stimmungsbild zwischen CDU und CSU bei diesem Thema?

Die Linien verlaufen nicht unbedingt zwischen CDU und CSU. Es macht eine bürgerliche Gemeinschaft aus, unterschiedliche Meinungen zu bündeln. Das finde ich nicht schlecht, sondern sogar gut. Wenn Sie die CSU ansprechen: Wir hatten eine heftige Debatte bei der Einführung des Euro. Helmut Kohl gilt als der Vater des Euro. Theo Waigel gilt als der Vater des Stabilitätspaktes. Wir hatten uns damals darauf geeinigt, dass die Stabilitätskriterien eine Geschäftsgrundlage für die Einführung des Euro sind und dass es durchaus klappen könnte mit dem Euro. Leider ist man in diesem Jahrzehnt von diesen Stabilitätskriterien – aus Gründen, die mir schleierhaft sind – abgewichen. Auch in Deutschland. Damit ist die Jacke schief geworden.

Kann Europa zur Zerreißprobe für die Koalition mit der FDP werden?

Man kann keine politische Formation und schon gar nicht die FDP losgelöst von ihrer innenpolitischen Lage betrachten. Und die innenpolitische Situation ist wie sie ist. Da verbietet sich für mich jeder Kommentar aus Mitleid. Es ist fast zwangsläufig für die FDP, jetzt auf jedes Thema aufzuspringen. Kann sein, dass sie hier mal einen Punkt machen.

Die Europa-Politik geht vielen Bürgern gegen den Strich. Sie sind eher Ihrer Meinung als der von Kanzlerin Angela Merkel.

Ja und Nein. Die Kanzlerin muss sich kritische Abgeordnete gefallen lassen, die sie plagen. Pflegeleicht bin ich nicht. Ich bin – neben der Verantwortung gegenüber den Wählern – nur mir selbst verantwortlich. Ich habe leichter reden als jemand, der in unmittelbarer Regierungsverantwortung steht. Das ist ein Nachteil meiner Position – aber auch ein Vorteil. Die Politik zwischen Parlamentarier und Regierung in ihrer Gesamtheit macht eben dieses Spannungsfeld aus.

Fragen: Margit Hufnagel